

7 Fragestunde

Beginn Fragestunde: 12.22 Uhr

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Wir haben jetzt 12.22 Uhr, wir kommen jetzt zur Fragestunde und ich darf den Vorsitz an die Frau Vizebürgermeisterin Judith Schwentner übergeben, weil die erste Frage an mich gestellt ist.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (12.22 Uhr).

7.1 Frage 1: Aufwertung der Bezirksräte (KO GR Mag. Pascuttini, FPÖ an Bgm.ⁱⁿ Kahr, KPÖ)

KO GR Mag. Pascuttini:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat. Ich möchte heute die Fragestunde mit der Frage an Frau Bürgermeisterin eröffnen zu einem Thema, das mir persönlich sehr am Herzen liegt. Wir haben auch diese Woche wieder gemerkt, was ein wichtiges Thema ist; da hat es eine Stadtteilversammlung im Bezirk Liebenau gegeben und dort hat man wirklich gemerkt, dass auf Bezirksebene der dortige Bezirksvorsteher, aber auch die Bezirksräte sehr engagiert an der Lösung eines Problems gearbeitet haben und da war ich dann etwas schockiert, wie ich mitbekommen habe, wie mit diesen einstimmigen Beschlüssen des Liebenauer Bezirksrates umgegangen worden ist. Sie können sich erinnern, wir haben vorigen Sommer einen Antrag eingebracht, der 1:1 die Forderungen des Bezirksrates Liebenau, des gesamten Gremiums, in dieses Gremium getragen hat und damals hat leider niemand diesem Antrag zugestimmt, nur wir selbst. Jetzt ist die Sache die, man sieht an diesem Beispiel ganz klar, wie der Bezirksrat als

Gremium, als Institution in der Stadt Graz wertgeschätzt wird, nämlich gar nicht. Und das haben sich die engagierten Bezirksvorsteher, die engagierten Bezirksräte nicht verdient. Aber man muss die Koalition hier auch ein bisschen loben, wenn sie mal einen guten Vorschlag hat. Heuer im April hat es ja einen Beschluss gegeben, einen dringlichen Antrag von den Grünen, den wir damals auch mitgetragen haben, wo wir gefunden haben, dass es eine gute Idee ist, endlich über die Aufwertung der Bezirksdemokratie zu sprechen. Jetzt ist mittlerweile September, ich konnte keine Überlegungen in Richtung der Reform wahrnehmen und deswegen meine Frage an die Frau Bürgermeisterin: Welche konkreten Schritte hat es in welchem Umfang zu den angedachten Reformprozessen bereits gegeben und welche sind konkret weiter für 2022 geplant?

Originaltext der Frage:

Am 28.4.2022 wurde im Gemeinderat beschlossen, die Bezirksdemokratie neu zu bewerten bzw. gegebenenfalls aufzuwerten. So wurde angestoßen, Reformen und Verbesserungen für die 17 Grazer Bezirksräte mit der Stadt- und Bezirkspolitik, der Verwaltung, mit Experten und den Grazern bis 2023 zu diskutieren und auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen.

In Medienberichten hat die Bezirksvorsteherin aus Mariatrost, Astrid Walch, ein bereits begonnenes Brainstorming zur Aufwertung der Bezirksdemokratie angesprochen.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Welche konkreten Schritte hat es in welchem Umfang zu den angedachten Reformprozessen bereits gegeben und welche sind konkret weiter für 2022 geplant?

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Sehr geehrter Herr Klubobmann! Sie sprechen ein Thema an, das einer jeden Fraktion hier im Haus wichtig ist. Deswegen haben wir auch am 28. April, wie Sie schon angesprochen haben, zum Thema Bezirksdemokratie bewerten und aufwerten einen Antrag beschlossen, der beinhaltet hat, dass ich gemeinsam mit der Frau Bgm.-Stv.ⁱⁿ Judith Schwentner, gemeinsam mit der Präsidualabteilung sowie der Magistratsdirektion und dem Verfassungsausschuss bis zum Oktober 2022 eine Vorgangsweise dem Gemeinderat vorschlagen möchten, um im Verlauf des Jahres 2023 mit der Stadt- und Bezirkspolitik, mit der Verwaltung, mit Expert:innen und allen Grazer:innen Reformen, um eine Verbesserung der Bezirksräte zu diskutieren und auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen. Genauso hat das damals gelautet, das haben wir beschlossen und dazu haben bereits, und das ist wichtig jetzt für Sie, natürlich intensive Gespräche während der ganzen Monate stattgefunden zwischen Präsidualabteilung und dem Referat für Bürger:innenbeteiligung sowie der Stadtbaudirektion, und es wurden auch die Kosten der Bezirkspolitik erhoben. Demnächst werden die Ergebnisse dieser Gespräche und Erhebungen mit der Magistratsdirektion, mit Frau Bgm.-Stv.ⁱⁿ und mir gekoppelt, sodass beschlussgemäß dem Verfassungsausschuss im Oktober ein Vorschlag für die weitere Vorgangsweise präsentiert wird. Das ist es vom Zeitplan her. Ungeachtet dessen möchte ich aber auch aufmerksam machen, dass ich in meiner persönlichen Zuständigkeit bereits Schritte gesetzt habe in Absprache auch mit der Koalition, wie es ja auch ein Wunsch von uns war, nämlich das Arbeitseinkommen, das Service und die Informationsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Bezirke auszubauen und deshalb haben wir zwei neue Sachen schon umgesetzt:

einerseits ein Paket für die Bezirkskommunikation entwickelt; erstmals haben auch die Bezirksmandatar:innen und die Bezirke die Möglichkeit, eigene Informationskampagnen zu tätigen und zu machen, wo sie sich an die Öffentlichkeit in ihrem Bezirk wenden können. Dafür haben wir ihnen ein Budget zur Verfügung gestellt von 73.000 Euro. Zwei Bezirke haben bereits solche Kampagnen auch schon durchgeführt und weitere, soviel mir rückgemeldet wurde, sind in Vorbereitung.

Und die zweite Neuerung ist, dass wir die Bürgerinformation Graz nicht mehr für uns in der Stadtregierung und der Klubs zur Bühne gemacht haben, sondern auch Themen, die den Bezirksräten wichtig sind, dort zur Sprache kommen und seit März jedes Monats in der BIG veröffentlicht werden (*Appl*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Gibt es eine Zusatzfrage?

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Da wird's jetzt viele Zusatzfragen geben, aber da werden wir natürlich eine schriftliche Anfrage machen. Für mich stellt sich jetzt nur eine Frage: Wenn Sie dann im Oktober dann den Vorschlag präsentieren, werden da die einzelnen Bezirksvertretungen in diesen Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise eingebunden werden oder nicht, weil es betrifft sie ja?

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Zuerst wird einmal der Vorschlag, der ja bisher erarbeitet ist, das habe ich auch gesagt, dass er gemeinsam erarbeitet worden ist, dem Ausschuss einmal präsentiert. Sollte es da zusätzlich noch weitere Adaptierungswünsche geben, kann man das in der Kommunikation natürlich weiter machen. Aber wichtig ist einmal, dass der Zeitplan eingehalten ist und der Vorschlag auch dem Verfassungsausschuss vorgelegt wird.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (12.29 Uhr).

**7.2 Frage 2: Krippen- und Kindergartenplätze
(GRⁱⁿ Robosch, SPÖ an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Damen und Herren, geschätzte Stadtregierung, liebe Bürgermeisterin, geschätzter Herr Stadtrat, lieber Kurt. Die Stadt Graz bekennt sich zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf allen Ebenen, sowohl als Arbeitgeberin aber auch für die Lebensrealität von unseren Bürgerinnen und Bürgern. Kinderbildungs- und Betreuungsplätze sind in dieser Vereinbarkeit eine wichtige Hauptvoraussetzung für diese Realität. Für die Planungssicherheit vieler Eltern, vor allem vieler berufstätiger Frauen, ist es deswegen umso wichtiger, früh genug Bescheid zu bekommen, ob es einen Kinderbildungs- und Betreuungsplatz im September gibt. Deshalb stelle ich im Namen der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, Herr Stadtrat, die

Frage:

Wie viele Ablehnungsmails für Krippen- und Kindergartenplätze wurden dieses Jahr versendet? (*Appl.*)

Originaltext der Frage:

Namens der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Wie viele Ablehnungsmails für Krippen- und Kindergartenplätze wurden dieses Jahr versendet?

StR Hohensinner:

Werter Gemeinderat, liebe Frau Gemeinderätin, danke für die Frage. Ich habe so auch die Möglichkeit, dieses Anmeldesystem der ABI noch einmal im Detail zu erklären, viele kennen dieses Anmeldemodell. Wir können im Jänner immer die Eltern einladen, ihren Wunschkindergarten bzw. die Wunschkinderkrippe zu nennen; also da gibt es einen Vorschlag, dass man drei Einrichtungen rückmelden kann. Das ist ein Prozess, der dauert bis ca. Anfang April. Und da bekommen dann die Eltern auch eine Zwischenerledigung. Das ist eben ein Prozess, ob sie die Wunscheinrichtung bekommen oder nicht, aber, das ist noch zweimal zu unterstreichen, das ist keine Ablehnung, wenn nicht gleich die Wunscheinrichtung zugestanden werden kann. Sondern das ist einmal, der eine Teil bekommt die zufriedenstellende Antwort und mit dem anderen Teil versuchen wir bis zum Sommer ein Matching zu erzielen. Und wir haben es auch heuer wieder geschafft, dass wir allen berufstätigen Eltern bis zum Sommer eine Zusage geben konnten. Vielleicht ganz kurz, dass Anfang April, im Kindergarten melden sich 3.021 Eltern, und Anfang April haben 81 %, das sind 2.448 Eltern, die Wunscheinrichtung gleich einmal zuerkannt bekommen. 573 Eltern haben zu dem Zeitpunkt die Aufforderung bekommen, sich beim ABI zu melden, und dann hat man eben geschaut, dass man auch bis zum Sommer das zusammengebracht hat. In der Kinderkrippe, da haben sich 1.784 Eltern gemeldet. Wir konnten Anfang April 1.182 Eltern die Wunscheinrichtung auch zusichern, mit 602 Eltern haben wir dann weitergearbeitet, aber auch hier haben wir allen Berufstätigen dann auch ein Angebot machen können. Und natürlich, die Situation ist jetzt eine angespannte aufgrund des Personalmangels, aber auch, und das könnte ich jetzt ganz aktuell auch sagen, mit dem Tag gestern haben wir den 40 Eltern, die bis jetzt noch keinen Platz gehabt haben, zumindest ein Angebot gemacht. Also mir ist die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf ein ganz, ganz wichtiges Anliegen. Ich möchte aber auch an dieser Stelle danke sagen an das Team der Bildungsabteilung. Es hat ja eine Telefonnummer geben, die gibt es sowieso, aber die wurde auch verstärkt, 0316/872-7474, das Team wurde aufgestockt und hat wirklich hervorragend gearbeitet; weil es ist auch ganz klar, dass die Eltern hier einen gewissen Druck haben, das ist nachvollziehbar und das Team des

ABI hat hier wirklich hervorragend gearbeitet. Ich möchte auch anführen, dass wir in den letzten Jahren wirklich sehr stark die Einrichtungen ausgebaut haben, wir haben im Kindergarten einen Versorgungsgrad von 97 % und im Kinderkrippenbereich von 37 %. Die Arbeiterkammer hat hier jährlich eine Erhebung und weist Graz als 1A-Gebiet aus. Natürlich sind wir bestrebt, immer besser zu werden, aber ich hoffe, dass ich mit diesen Zahlen und dieser Erklärung unseres Anmeldesystems Ihnen hier einen kleinen Überblick geben konnte (*Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Ich glaube, uns allen ist bewusst, nicht erst seit den letzten Monaten, wie sich diese Lage mit diesen Kindergartenplätzen zugespitzt hat und deswegen geht meine Zusatzfrage in die Richtung: Wie viele der Angebote, die nachdem ausgesprochen wurden, dass der Erstwunschkindergarten nicht zur Verfügung steht, wie viele der quasi Wunschganztagsplätze wurden jetzt als Halbtagsplätze vergeben?

StR Hohensinner:

Also wir haben so Angebote machen können, dass die Eltern auch im Rahmen ihres Berufs quasi diese notwendige Entlastung bekommen haben bzw. bekommen werden. Und natürlich ist es nicht immer der Wunschkindergarten gewesen oder die Kinderkrippe um die Ecke, sondern man muss, und da bitte ich um Verständnis, man muss auch eine gewisse Anfahrt in Kauf nehmen (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (12.35 Uhr).

**7.3 Frage 3: Ziel der kommunalen COVID-19-Impfkampagne
(GR Mag. Pointner, Neos an Bgm.ⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, wertees Publikum live und an den Geräten, werte Presse, Verwaltung.

Schön ist es, wieder hier zu stehen, die neue Sitzungsperiode beginnt, ich freue mich darauf. Lassen Sie mich mit einer Frage beginnen, die das Ziel der kommunalen COVID-19-Impfkampagne betrifft.

Die Stadt hat am 25. August diesen Jahres die kommunale Impfkampagne namens #GrazWillsWissen gestaltet. Die ganze Organisation und Durchführung, Konzeption ist hauptverantwortlich bei der Abteilung Kommunikation und hier wurde eine Agentur, nämlich die Agentur Engarde, für die Kampagnen entwickelt, beauftragt. Ziel ist es, die Bevölkerung mit leicht zugänglicher individueller und kompetenter Impfinformation zu versorgen und die Impfquote zu erhöhen. Da gibt es jetzt eine maßgeschneiderte Medienkampagne und die läuft bis Ende November 2022. Die finanziellen Mittel kommen vom Bund mit 1,5 Mio. Euro, und das sind Zweckzuschüsse. Aber für die Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit der Ausgaben der Aktion hat die Stadt Graz selbst Sorge zu tragen, da schaue ich jetzt auf die Fakten, wie sie uns jetzt zum gegebenen Zeitpunkt darstellen. Der Bedarf ist sicher da für diese Kampagne, es müssen sich mehr Menschen impfen lassen. Mit Stand 18. September 2022 waren nur 60,4 % der Grazerinnen und Grazer laut NIG-Empfehlungen für die Impfung vollständig geimpft. Das heißt, es sind 14,8 % unter der Impfquote vom Februar. Und das lässt mich natürlich jetzt ein bisschen zweifeln vor Ende der zweiten Phase der Impfkampagne, ob da auch wirklich ein sichtbarer Erfolg sich darstellen wird. Nochmal festgestellt – die Mittel sind vom Bund, aber wir haben dafür zu sorgen, dass sie zweckmäßig eingesetzt werden, sparsam und wirtschaftlich. Und deshalb brauchen wir, finde ich, ein messbares Ziel, das wir da kommunizieren können und überprüfen. Und daher geht meine

Frage

an Sie, werte Frau Bürgermeisterin: Welche zu erreichende Durchimpfungsrate wurde der Abteilung für Kommunikation im Rahmen der Konzeption und Durchführung der kommunalen Impfkampagne als Ziel genannt?

Originaltext der Frage:

Die Stadt Graz hat am 25. August 2022 die kommunale Impfkampagne #GrazWillsWissen gestartet. Konzeption und Durchführung oblag hauptverantwortlich der Abteilung für Kommunikation, die weiter die Grazer Agentur En Garde als Bestbieterin mit der Kampagnenentwicklung beauftragt hat. Ziel der Kampagne #GrazWillsWissen ist es, die Bevölkerung mit leicht zugänglicher, individueller und kompetenter Impfinformation zu versorgen und die Impfquote im Kampf gegen COVID-19 zu erhöhen. Dafür wird neben einer maßgeschneiderten Medienkampagne, die bis Ende November 2022 laufen soll, unter anderem auch eine mobile Impfberatung angeboten. Die finanziellen Mittel für die gesamte Kampagne werden sich auf rund 1,5 Mio. Euro belaufen und werden als Zweckzuschüsse vom Bund gewährt. Für Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit der durchgeführten Aktionen hat die Stadt Graz selbst Sorge zu tragen.

Mit Blick auf die aktuelle Impfquote der Stadt Graz wird deutlich, dass der Bedarf für eine umfassende Information und Beratung, die dazu führt, dass sich Menschen auch impfen lassen, nach wie vor gegeben ist: Mit Stand 18. September 2022 waren nur 60,4 % der laut aktuell gültigen NIG-Empfehlungen für eine Impfung in Frage kommenden Grazerinnen und Grazer vollständig gegen COVID-19 geimpft. Die Durchimpfungsrate in der Stadt Graz liegt damit um rund 14,8 % unter der Impfquote Mitte Februar dieses Jahres und lässt kurz vor dem Ende der zweiten Phase der #GrazWillsWissen-Medienkampagne Zweifel über deren Erfolg aufkommen. Dabei ist

eine Impfung gerade jetzt wichtig, um der sich abzeichnenden Herbstwelle entgegenzuwirken, wie führende Expertinnen und Experten zu verstehen geben.

Wir NEOS haben immer darauf gedrängt, dass die Stadt unter Berücksichtigung aller Aspekte stets versucht, dem Virus einen Schritt voraus und auf mögliche neue Corona-Wellen vorbereitet zu sein. Zuletzt forderten wir im Rahmen der Fragestunde in der Gemeinderatssitzung des 17. Februars 2022 von StR Mag. Robert Krotzer die in Aussicht gestellten finanziellen Mittel des Bundes zur Durchführung einer kommunalen Impfkampagne in Anspruch zu nehmen, um die Impfquote in der Stadt zu erhöhen. Mit der #GrazWillsWissen-Kampagne wurde unserer Forderung zwar entsprochen, doch ist das Fehlen eines messbaren Ziels für uns und aus Sicht der Grazer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ein grobes Versäumnis der kommunalen COVID-19-Impfkampagne.

Auch wenn die #GrazWillsWissen-Kampagne aus finanziellen Mitteln des Bundes abgedeckt und das städtische Budget nicht belastet wird, so stammen die aufgewendeten 1,5 Mio. Euro sehr wohl aus Steuergeldern. Und wie anfangs erwähnt, obliegt die Überprüfung von Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit der bezuschussten Gemeinde. Für diese Überprüfung braucht es aber dringend ein messbares Ziel anhand der Durchimpfungsrate. Nur so kann ein Urteil zur Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit der kommunalen Impfkampagne beziehungsweise über Erfolg oder Misserfolg erfolgen. Da zum Kampagnenstart kein messbares Ziel kommuniziert und die aktuelle Entwicklung der Impfquote rückläufig ist, stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion und der Grazer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler an Sie, werte Frau Bürgermeisterin, als für die Abteilung für Kommunikation zuständiges Regierungsmitglied, folgende

Frage:

Welche zu erreichende Durchimpfungsrate wurde der Abteilung für Kommunikation

*im Rahmen der Konzeption und Durchführung der kommunalen Impfkampagne
#GrazWillsWissen als Ziel genannt?*

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Lieber Herr Gemeinderat Pointner, danke für Ihre Anfrage, vor allem der Hinweis, nämlich den halte ich für bedeutsam, mit Steuergeld verantwortungsvoll umzugehen. Dem sind wir ja letztendlich, alle Kolleginnen und Kollegen, im täglichen Tun auch verpflichtet. Und wie Sie richtig zitiert haben, haben die Gemeinden keinerlei Zielvorgaben vom Bund erhalten, es sind im übrigen 2,7 Mio. Euro, die wir bekommen haben, 1,5 Mio. Euro sind jetzt für die Kampagne verwendet worden, also nicht das ganze Geld. Federführend ist hier natürlich, was die inhaltliche Ausrichtung betrifft, das Gesundheitsamt, und meine Abteilung, wir sind für die Umsetzung über die Kommunikationsabteilung zuständig. Wie Sie wissen, ist es aus unserer Sicht Aufgabe in der Stadt, natürlich das Ohr bei den Leuten zu haben und mit ihnen im Austausch zu stehen und deshalb sehen wir es auch als wichtige Aufgabe an, in dieser Frage beratend zur Seite zu stehen und den Menschen für persönliche und individuelle Entscheidung wichtige und wissenschaftlich, das betone ich jetzt, wissenschaftlich gesicherte Informationen in einer verständlichen Art und Weise, im besten Fall im persönlichen Gespräch, zur Verfügung zu stellen. Darauf ist die ganze Kampagne ausgerichtet, es ist ja schon viel darüber berichtet worden. Sie wissen, dass das teilweise Printmaßnahmen sind, insbesondere von Inseraten, Plakaten, Flyern und Broschüren, Onlinemaßnahmen vor allem im Bereich Social Media, Inhalte zu vermitteln und auch auf Webseiten, und noch einmal, vor allem für persönliche Informationsmaßnahmen im Zusammenhang mit Veranstaltungen, aber auch in ganz persönlichen Gesprächen bei Informationsständen quer durch Graz.

Abrechnungszeitraum, auch noch zur Information, ist bis 31. Dezember 2022. Aus diesem Grund ist auch vor allem eine zentrale Botschaft formuliert worden, eine informierte Entscheidung zur Impfung zu treffen, sich impfen zu lassen und davon auch zu profitieren. Und diese Ziele beinhalten die Steigerung der Impfquote und eine hohe

Anzahl an Beratungsgesprächen durch seitens der Stadt Graz geschulte Persönlichkeiten und Personen. Eine konkrete Vorgabe einer Durchimpfungsquote ist aufgrund von fehlenden Erfahrungswerten und der sich rasch ändernden Situation nicht möglich. Daher einfach konkret zu Ihrer Frage, nein, es wurden der Kommunikationsabteilung keine konkreten Prozentzahlen als Ziel vorgegeben. Wichtig ist aber zu erwähnen, und auf das können wir durchaus auch stolz sein, und das zeigt ja auch, dass wir mit unseren Überlegungen hier gemeinsam in der Stadtregierung, auch in der Vergangenheit, richtig gelegen sind, dass Graz und Eisenstadt die einzigen beiden Landeshauptstädte sind in Österreich mit einer Durchimpfungsrate von über 60 % (Appl.).

GR Mag. **Pointner**:

Also ich nehme mit, dass es Ziel ist, die Quote zu steigern und zu informieren. Ich habe die Rechnung angestellt, wenn wir jetzt davon ausgehen, dass wir vielleicht Ende September von 60 auf 64 % landen, dann haben wir 11.700 Personen erreicht, und pro Impfung hätten wir 128 Euro in die Kommunikation gesteckt. Und ich weiß nicht, ob das wirtschaftlich als Parameter schon effizient genug ist. Deshalb meine Nachfrage, welche Konsequenzen würden Sie aus dieser kleinen Rechnung und diesen Bedenken für künftige Kampagnen ziehen?

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Also da wäre ich ja jetzt schlauer wie viele Expertinnen und Experten, wenn ich das so sagen könnte. Aber eines kann ich Ihnen dezidiert sagen, dass wir nicht mittendrin in der Kampagne sind, sondern eigentlich erst am Beginn, die Aktivierungsphase ist eigentlich am 13. Oktober.

Und Sie wissen ja wie die Gemeinden, Bürgermeister in vielen Städten und auch in kleineren Gemeinden zuerst einmal reagiert haben, dass sie gesagt haben, ja, wir täten das Geld lieber woanders sehen, das seien natürlich fromme Wünsche. Das ist es

natürlich nicht, es ist zweckgebunden. Und ich finde, dass wir gut beraten waren, und da würde auch noch einmal ganz, ganz herzlich an den Gesundheitsstadtrat und die Frau Drⁱⁿ Winter mit ihren Abteilungen, aber auch an die Kommunikationsabteilungen und allen überhaupt, die da mitwirken tagtäglich, weil das ist sehr, sehr viel Aufwand, und es sind großartige Leute, viele Vereine und Initiativen, die sich eben darum bemühen, genau dieses Ziel, eine Steigerung der Impfquote, zu erreichen. Noch einmal, und wir machen das nicht mit erhobenem Zeigefinger, sondern immer wissenschaftlich mit Information, Beratung und Unterstützung, um diese Entscheidung zu erleichtern. Und da haben wir auch, und da können Sie sich selbst davon überzeugen, ist ja im Verbund und mit den Einrichtungen und mit der Abteilung zu reden, sehr, sehr positive Rückmeldungen: Die Leute danken es auch sehr, dass in der Phase, wo jetzt über die Sommermonate vieles wieder gedanklich weg war und man gedacht hat, das zieht alles an uns vorbei, die Leute danken es, dass man da proaktiv auf sie zugeht und sie über die nächsten Schritte und Möglichkeiten der vierten Impfung einfach auch gut informiert (*Appl*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (12.43 Uhr).

**7.4 Frage 4: Subventionen durch das Sportamt
(GR Alic, KPÖ an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GR Alic:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kurt! Es geht in der eingereichten Frage um Sportvereine und um die Förderungen für selbige.

Wir wissen, der Großteil der Funktionäre bei den Vereinen arbeitet praktisch ehrenamtlich, realistisch rund um die Uhr, und macht viele leere Kilometer. Und so sind zwischendurch auch welche zu mir gekommen und haben sich nicht beschwert,

aber doch auch angemerkt, dass sie sich ungerecht behandelt fühlen bzw. glauben sie, dass andere mehr bekommen, sie weniger. Ich selbst sehe mich außer Stande, das ausreichend zu erklären, deshalb die Frage jetzt, um die Möglichkeit zu bieten bzw. uns allen die Möglichkeit zu geben, dass wir erfahren, wie genau das funktioniert, eben nach welchen Kriterien unsere Damenmannschaften, die Jugendmannschaften, wie man zu einem Geld vom Land kommt und mehrere Dinge halt.

Und deswegen stelle ich seitens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Nach welchen objektiven Kriterien werden Subventionen und Förderungen an Sportvereine vergeben?

Originaltext der Frage:

Immer wieder wenden sich Funktionär:innen von Sportvereinen an mich, die sich bei der Vergabe von Förderungen bzw. Subventionen ungerecht behandelt fühlen.

Vielleicht ist der subjektive Eindruck dadurch entstanden, dass nicht alle über das Prozedere der Beantragung bzw. die unterschiedlichen Möglichkeiten der Unterstützung Bescheid wissen, die es vom Sportamt der Stadt Graz bzw. durch das Sportamt vermittelt vom Land Steiermark gibt.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Nach welchen objektiven Kriterien werden Subventionen und Förderungen an Sportvereine vergeben?

StR Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Horst. Ein bisschen verwundert bin ich über deine Frage, weil wir gemeinsam mit dem Sportamt, und vor allem mit Thomas Rajakovics, immer versuchen, alle Sportsprecher und -sprecherinnen gut zu begleiten, gut zu informieren. Und die Sportsprecherinnen und -sprecher werden sich erinnern können, dass der Thomas Rajakovics am Anfang der Periode auch eingeladen hat ins Sportamt und hat versucht, die Kriterien der Subventionen, der Förderungen wirklich gut zu erklären, und du warst, glaube ich, dann zusätzlich noch einmal da, also du hast dich auch informiert. Aber ich werde das nochmal versuchen, auch hier zusammenzufassen. Ich möchte auch anmerken, ich war ja schon in den letzten 9 Jahren für viele Bereiche zuständig, und so transparent wie es im Sport abläuft, da gibt's, glaube ich, gar keinen anderen Bereich. Da gibt es ganz fixe Kriterien, die ich jetzt ganz kurz erläutern möchte. Und zwar fördern wir eigentlich ausschließlich nur Kinder- und Jugendsport, das ist einmal eine Voraussetzung.

Die Vereine erhalten pro Kind bzw. Jugendlichen 55 Euro pro Jahr im Breitensport, im Wettkampfsport sind es dann 110 Euro, da gibt es auch Kriterien, wann was ein Wettkampfsport ist. Ein Sportverein ist dann anerkannt, wenn es ein Verein ist, der bei der BSO dabei ist. Wir haben dann auch in meiner Zeit eine Mietförderung, eine zusätzliche Mietförderung, eingeführt, wo wir den Sportvereinen 25 % der Mietkosten refundieren und wir haben auch bei jenen Vereinen, die sich nicht einmieten, sondern die selbst die Sportstätte haben, eine Betriebskostenunterstützung von 25 %. Bei Sanierungen und bei Kleinsanierungen hilft das Sportamt, sonst ersuchen wir immer den Finanzstadtrat und die Bürgermeisterin, dass wir einen Investitionstopf auch quasi bedienen können und dort ein Geld bekommen. Wir haben eine Bundesligaförderung; da möchte ich dazusagen, dass wir nicht den Profisport fördern, das heißt Sturm, GAK bekommen hier nichts, aber die anderen Bundesligateams, die Förderung beträgt 23.700 Euro und für die erste Liga 6.500 Euro. Außerdem gibt es dann auch bei den EM- und WM-Teilnahmen Prämien, und wir haben auch, und das ist mir wichtig, in der Sportstrategie 2030 beschlossen, dass wir eine Inflationsabdeckung bekommen, was das Sportbudget betrifft. Das heißt für die nächsten Budgets, sprich 2024, da setze ich

auch auf dich, dass wir auch diesen Passus im Budget wiederfinden und dann haben wir auch ein bisschen mehr Geld für die Vereine. Und last but not least haben wir auch, und da sage ich danke auch an das ganze Regierungsteam, haben wir über die Sozialcard die Möglichkeit, dass Kinder von Sozialcard-Besitzerinnen und –Besitzern, dass die auch bei den Vereinen kostenlos mitmachen können. Das ist eine ganz schöne Sache, weil grad der Sport ist ja integrativ, man hat einen sozialen Anschluss, das ist was ganz Wichtiges. Also ich hoffe, dass ich dir so jetzt einmal einen guten Überblick bieten konnte und vielleicht sagst du mir noch, welche Vereine das waren, weil wir versuchen wirklich, alle gut zu begleiten und irgendwie habe ich das Gefühl, wenn du dein Wissen nicht mitteilst, weil dein Wissen hätte ausgereicht, ihnen das transparent zu erklären, dann bitte ich wenigstens, wenn du mir die Vereine nennst, es müssen ja nicht die Personen sein, dann werde ich mich jedem Verein annehmen (*Appl.*).

GR Alic:

Danke, lieber Kurt, das war ausgesprochen ausführlich in der kurzen Zeit und tatsächlich habe ich es nicht nur für mich gefragt, natürlich hoffe ich, dass die Leute auch zuhören und nicht zu mir kommen. Teilweise nehme ich an bzw. ist mir auch gesagt worden, dass sie eh schon bei dir bzw. im Sportamt waren. Das finde ich toll, dass du das jetzt so anbietest. Ich persönlich komme jetzt nicht aus der Zahlenwelt, ich habe den Großteil jetzt schon wieder vergessen. Nicht, weil ich unaufmerksam zuhöre, tatsächlich arbeite ich eher mit Begriffen mehr und weniger. Gott sei Dank habe ich mit Finanzen nicht wirklich etwas zu tun und habe auch keine Verfügungsgewalt über Geld, nicht einmal über mein eigenes, ich habe zwei Kinder. (*Lachen*)

Jetzt habe ich da vor mir liegen, und das ist großartig, das habe ich mir herausgeschrieben, das Budget für den Sport war 2020 4,3 Mio. Euro und ist 2022/21, in einem Sportjahr, war was Besonderes, ist es 5,9 Mio. Euro. Das ist so in etwa, also es ist eine Ecke mehr, 35 % mehr, und es ist nicht so viel wie beim Rotwein, aber doch bedenklich und meine Zusatzfrage: Kriegen Vereine mit gleichen Voraussetzungen gleich viel Geld?

StR Hohensinner:

Also wenn gleich viele Kinder, Jugendliche dabei sind ja. Ich möchte nur eines sagen, das mit dem Budget, man muss schon immer schauen, was hat das Sportbudget bei den letzten Malen ausgemacht und wie viel Budget haben wir jetzt im Doppelbudget verankert? Die Erhöhung von rund 3 auf 5 Mio. Euro haben wir in der letzten Periode schon vollzogen. Also die Darstellung, dass man da immer 2 Jahre überspringt, ist auch eine, würde ich mal sagen, eine geschönte Darstellung, und wir können uns gerne zusammensetzen und ich kann dir auch untermauern, dass der Sport mehr Geld braucht und ich möchte an dieser Stelle, weil du hast es ja angesprochen, ich möchte mich bei allen ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionären an dieser Stelle bedanken.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Im Übrigen, weil es um Transparenz gegangen ist - das gilt für alle Abteilungen. Wir wissen, dass alle Abteilungen bei uns in der Stadt Graz immer transparent arbeiten. Das weiß ich, dass das in vielen anderen Abteilungen auch so ist.

7.5 Frage 5: Pflege-Kampagne: Wird die Stadt Graz in den GGZ mit gutem Beispiel vorangehen?

(GRⁱⁿ Potzinger, ÖVP an StR Mag. Krotzer, KPÖ)

GRⁱⁿ Potzinger:

Hohe Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Saale und online. Mein Herzensthema Betreuung und Pflege bei den Kleinen sowie bei Hochbetagten darf ich heute in den Mittelpunkt meiner Frage stellen an Herrn Stadtrat Magister Robert Krotzer. Es gab ja von der KPÖ diese schöne Unterschriftensammlung im Sommer, Verbesserungen bei der Pflege, Pflege ist ja parteiübergreifendes gemeinsames Anliegen, hat sicher kein parteipolitisches

Mascherl. Die Bundesregierung hat zum Beispiel erfreulicherweise am Internationalen Tag der Pflege eine umfassende Pflegereform mit über 20 Maßnahmen für den Pflegeberuf, die Pflegeausbildung sowie für Betroffene und deren Angehörige präsentiert. In eurer Unterschriftenaktion habt ihr Dinge gefordert, die du, Herr Stadtrat, als Ressortzuständiger zum Beispiel in den GGZ sofort umsetzen könntest, zum Beispiel Verbesserung beim Personalschlüssel, höhere Entlohnung für Pflegekräfte und Arbeitszeitverkürzung. Deshalb meine

Frage:

Gibt es die Absicht, mit gutem Beispiel voranzugehen und ehe baldigst die von der steirischen KPÖ in der Unterschriftenaktion „Gemeinsam für gute Pflege“ aufgestellten Forderungen umzusetzen, insbesondere bei uns in den GGZ?

Originaltext der Frage:

Im Hinblick auf die steirischen KPÖ durchgeführte Unterschriftensammlung, in welcher 5 Forderungen für gute Pflege enthalten sind, stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage:

„Haben Sie die Absicht, mit gutem Beispiel voranzugehen und ehe baldigst die von der steirischen KPÖ in der Unterschriftenaktion „Gemeinsam für gute Pflege“ aufgestellten und in Ihre Zuständigkeit fallenden Forderungen – Verbesserung des Personalschlüssels, höhere Entlohnung für Pflegekräfte bzw. Belohnungen sowie Arbeitszeitverkürzung – in den GGZ umzusetzen?“

StR Mag. **Krotzer:**

Frau Gemeinderätin, liebe Sissi, danke für Frage. Bevor ich ganz konkret zu den Maßnahmen, die wir in den GGZ setzen und setzen werden, komme, darf ich noch auf den ersten Forderungspunkt der erwähnten KPÖ-Petition „Geht’s der Pflege gut, geht’s uns allen gut“ zu sprechen kommen, nämlich die Forderung nach einer Aufstockung der Ausbildungsplätze für Pflegeberufe. Und damit muss ich leider ganz direkt zu den jahre-, man könnte auch sagen jahrzehntelangen Versäumnissen des Landes Steiermark und der zuständigen Landesrätinnen und Landesräte zu sprechen kommen in der Pflegeausbildung, die uns sowohl in den GGZ wie in allen Pflegeeinrichtungen in der ganzen Steiermark sehr schwer zu schaffen machen. Wie dramatisch die Auswirkungen dieser jahrelangen Fehl- bzw. Mangelplanung sind, kann ich anhand von zwei Zahlen oder wenigen Zahlen verdeutlichen. Für das heurige Jahr 2022 haben 168 Absolvent:innen die diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegepersonalausbildung abgeschlossen an der FH, dazu kommen 70 Personen, die das an den Landespflegesschulen abgeschlossen haben, das heißt, wir kommen heuer auf 238 DGKP-Personen. Nächstes Jahr schaut es noch schlimmer aus, weil dort kein Lehrgang in den Landespflegesschulen fertig wird, das heißt, für nächstes Jahr sind überhaupt nur 216 Absolventen und Absolventinnen zu erwarten. Jetzt stelle ich dem die Zahl gegenüber, wir haben in der Steiermark alleine 228 Pflegewohnheime; da rede ich aber noch nicht vom riesigen Bereich des Spitalswesens und auch noch nicht von den mobilen Diensten. Also wenn man hier eins und eins zusammenrechnet, weiß man, dass die Situation in der Pflege mehr als akut jetzt schon ist und dass uns da noch ganz, ganz schlimme Zeiten bevorstehen. Das ist auch der Grund, warum es diese Kampagne „Geht’s der Pflege gut, geht’s uns allen gut“ gibt, die nicht nur von der KPÖ getragen wird, sondern von sehr vielen Pflegepersonen in der ganzen Steiermark, weil eben der Hut lichterloh brennt und es höchst an der Zeit ist oder wäre, dass die Landesregierung entsprechend darauf reagiert, und wir haben leider den Eindruck, das sich das mit vielen Personen deckt, dass dieser Ernst der Lage nicht erkannt wird. Nun aber ganz konkret zu deiner Frage und den GGZ, ich darf die mit einem eindeutigen Ja beantworten. Wir haben ja im Februar schon die Maßnahmen gesetzt, dass wir für

Springerinnen und Springer eine zusätzliche Entlohnung oder zusätzliche Aufwandsentschädigung von 532 Euro monatlich brutto beschlossen haben, und zwar quer über alle Berufsgruppen, das geht von den Diplomierten über die Pflegeassistentin bis hin zur Heimhilfe, die eben alle das bekommen, wenn sie diese Springer:innendienste machen. Das ist aber noch lange nicht alles. Wir arbeiten mit Hochdruck. Es hat im Sommer sehr viele Diskussionsrunden gegeben in den GGZ mit der Finanzdirektion, mit dem Finanzstadtrat in der Koalition, um ein Paket zu schnüren, das wir spätestens im November diesen Jahres auch hier in den Gemeinderat einbringen werden mit dem ganzen Maßnahmenbündel, wie wir bessere Bedingungen für die Beschäftigten in der Pflege in den GGZ schaffen können. Die Einladung oder das Aviso für den Verwaltungsausschuss der GGZ ist eh schon ergangen und wir hoffen, dass wir das auch schon im Oktober im Gemeinderat einbringen können und freuen uns da natürlich auf breite Zustimmung und Unterstützung (*Appl.*).

GRⁱⁿ Potzinger:

Vielen Dank für die Inaussichtstellung dieses Paketes, das wir im November dann im Gemeinderat zu Gesicht bekommen werden. Stichwort auch die mobile Betreuung ist angesprochen. Einerseits die Personalsituation, andererseits die Situation der Klientinnen und Klienten, die ja die großen finanziellen Probleme nicht haben, wenn sie in stationären Einrichtungen sind, weil dankenswerterweise die Regressförderungsregelung ja weggefallen ist. Anders schaut es aus bei den mobilen zu Hause betreuten Damen und Herren, die dieser Hilfe bedürfen. Da wundere ich mich schon, dass die Stadt Graz verzichtet hat auf die EU-Förderung für die Community Nurses. Wien über Linz bis Bregenz, in der Steiermark leider nur Leoben, und sogar die Umlandgemeinden, aber die Stadt Graz hat hier eine weiße Seite abgegeben, nämlich gar nichts. Verstehe ich überhaupt nicht, dass ein Pilotprojekt, das zu 100 % von der EU gefördert ist, das Community Nurses da finanziert werden. Wirklich meine Frage, warum wir es als Stadt Graz uns leisten können, einerseits darauf zu verzichten, andererseits aber mobil gepflegte Damen und Herren ungleich zu behandeln,

dahingehend, ich meine, es klingt zwar schön Pflege zu Hause leistbar, auf deine Aussendung, Grazer Klient:innen profitieren vom Tarifmodell für die mobilen Dienste, allerdings nur, wenn sie die städtischen Angebote von den vielen großen Anbietern in Anspruch nehmen. 5 sind es mittlerweile, danke, die aber massiv überlastet sind, und den betroffenen Damen und Herren, die ihren Angehörigen sagen, sie sollen sich doch an private Anbieter wenden. Wenn sie das tun, meine Nachbarin ist zum Beispiel betroffen, dann wird ihr gesagt, dass sie aber den Vollpreis zahlen muss, weil sie nicht zu diesen 5 Anbietern gehören, obwohl sie voll zertifiziert sind. Deshalb meine Zusatzfrage, wird ehebaldigst bitte auch eine Regelung getroffen, dass auch pflegebedürftige Damen und Herren, die zu Hause betreut werden, wenn sie von zertifizierten privaten Anbietern betreut werden, die gleich Erleichterung erfahren, dass ihre Mindestpension wenigstens erhalten bleibt (*Appl*).

StR Mag. Krotzer:

Liebe Sissi, jetzt muss ich dich einmal korrigieren, und zwar was die Community Nurses betrifft. Wir haben zwei Anträge eingebracht, sowohl vom Gesundheitsamt als auch vom Sozialamt, sind beide auch im Stadtsenat in der Form beschlossen worden. Unsere Kolleginnen und Kollegen sowohl im Gesundheitsamt als auch im Sozialamt haben sich wirklich reingehängt. Wir haben große Erwartungshaltung an den Call vom Gesundheitsministerium gehabt und gehofft, dass wir dieses Projekt an Land ziehen sowohl zur Stärkung der Pflegedrehscheibe als auch zur Stärkung der zu schaffenden Gesundheitsdrehscheibe. Wir sind in beiden Fällen leider leer ausgegangen. Auf unsere Nachfrage, der Hinweis, in der Stadt Graz habts eigentlich eh schon so viel, jetzt müssen wir einmal die anderen stärken. Also das war so ungefähr das, was wir unter der Hand rückgemeldet bekommen haben. Vielleicht liegt es an der geographischen Verordnung des Ministeriums oder wie auch immer. Die Stadt Graz ist jedenfalls hier leer ausgegangen, das ist aber bitteschön nicht unsere Schuld. Wir haben uns ja intensiv darum bemüht. Wir sind natürlich auch bereit, dass wir beide angedachten Projekte, sowohl in der Pflegedrehscheibe, die wir ja auch mit zwei zusätzlichen

Dienstposten gestärkt haben, wie auch im Gesundheitsamt mit der Gesundheitsdreh-scheibe, und was die Forderung betrifft, weitere Pflegeorganisationen der Hauskrankenpflege aufzunehmen in das Finanzierungsmodell, da muss ich dich bitten, mit der Landesrätin zu sprechen, weil das ja natürlich entsprechend der landesge-setzlichen Vorgaben ist, das ja auch eine Kostenteilung 60/40 zwischen Land Steiermark und der Stadt Graz ist. Das ist aber Sache des Landes, ob das Land bereit ist, weitere Pflegeorganisationen für mobile Dienste ins Landestarifmodell aufzunehmen, dem werden wir, Stadt Graz, natürlich folgen. Aber ich kann schon ankündigen, dass wir auch in Gesprächen sind mit weiteren mobilen Betreibern, dass wir hier Pilotprojekte finden, um gewisse Versorgungslücken, die aufgrund des Personaleng-passes gegeben sind, dass wir die zumindest auf städtischer Ebene abfedern. Aber auch da hoffen und erwarten wir uns etwas mehr Unterstützung und Hilfe vom Land Steiermark.

**7.6 Frage 6: Ukrainische Vertriebene mit Behinderung
(GRⁱⁿ Wutte, MA, Grüne an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, liebe Zuschauer:innen im Livestream und lieber Kurt. Wir haben uns gerade schon zugelächelt, weil es eine gute Tradition schon hat, dass ich in der Fragestunde Fragen an dich richte. Bei meiner Frage heute geht es um Vertriebene aus der Ukraine und um eine Gruppe mit besonderen Bedürfnissen, eine besonders schützenswerte und wunderbare Gruppe, nämlich geflüchtete Menschen mit einer Behinderung. Jetzt ist es so, dass in den letzten Wochen weniger Geflüchtete aus der Ukraine gekommen sind, dass es überraschende Erfolge im Ukrainekrieg gab, aber gestern haben wir auch gerade erst erfahren, dass Russland verkündet hat, dass 1000 Leute zusätzlich in den Krieg eingezogen werden. Es ist also zu befürchten, dass uns der Ukrainekrieg schon noch länger beschäftigen wird und auch hier in Graz beschäftigen wird und womöglich

auch neue Vertriebene nach Graz kommen werden. Es gab in den letzten Monaten wirklich sehr viel Solidarität mit den Menschen, die nach Österreich gekommen sind. Großartiges ist gelungen. Es ist aber derzeit noch so, dass eben ukrainische Vertriebene nicht im Steirischen Behindertengesetz aufgenommen sind, das heißt, sie bekommen keine Leistungen aus dem Gesetz, im Gegensatz zu anerkannten Flüchtlingen. Was bedeutet das konkret? Das bedeutet zum Beispiel, eine Familie mit einem Kind mit Beeinträchtigung bekommt keine Therapien bezahlt für dieses Kind, das Kind kann keine Physiotherapie machen, bekommen keinen Familienentlastungsdienst und so weiter. Jetzt weiß ich, das sind nicht viele Menschen, die da betroffen sind, aber für diese Kinder, für diese Menschen, die da aus einem furchtbaren Krieg geflohen sind und in Österreich angekommen sind, ist es natürlich furchtbar, wenn die nicht entsprechend unterstützt werden in ihrer Behinderung. Es gab auch eine Umfrage von der Initiative Spendenkonvoi, und da haben immerhin 93 betroffene Ukrainer:innen mitgemacht, also das sind einige, und es war auch keine repräsentative Umfrage. Also sie haben einfach dazu aufgerufen, also es werden auch sicherlich einige nicht erfasst sein. Ich weiß, das fällt jetzt nicht unmittelbar in deine Zuständigkeit, aber du bist ja Behindertenstadtrat und dementsprechend kannst du dich schon, denke ich, für dieses Thema stark machen. Und ich denke, da sind wir uns alle einig, dass das eigentlich eine unhaltbare Situation ist, dass diese Menschen keine Unterstützung bekommen, die andere Menschen mit Beeinträchtigung bekommen. Deswegen meine

Frage:

Bist du als Stadtrat für Menschen mit Behinderung dazu bereit, dich bei der Steirischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass ukrainische Vertriebene eben auch ins Steirische Behindertengesetz aufgenommen werden?

Originaltext der Frage:

Auch wenn in den letzten Wochen weniger Flüchtlinge aus der Ukraine nach Österreich

gekommen sind und die Ukraine unverhoffte Erfolge im Krieg gegen Russland erzielen konnte, wird uns der Krieg in Europa noch länger beschäftigen.

In den letzten Monaten wurden unzählige Unterstützungsangebote für ukrainische Vertriebene aufgebaut, die Solidarität vieler Menschen in Österreich war bemerkenswert. Eine besonders vulnerable Gruppe sind geflüchtete Ukrainer:innen mit Behinderung. Ukrainische Vertrieben mit Behinderung erhalten derzeit aber keine Leistungen aus dem steirischen Behindertengesetz. Es sind wohl verhältnismäßig wenige Menschen von diesem Ausschluss betroffen, jede:r einzelne von ihnen befindet sich aber in einer absolut untragbaren Situation: So kann für ein Kind mit Beeinträchtigung keine Schulassistenz zuerkannt werden und wichtige Therapien können nicht bezahlt werden.

Leider ist es schwierig, die genaue Anzahl der Betroffenen in Erfahrung zu bringen. Die Initiative „Spendenkonvoi“ hat vor kurzem eine Online-Umfrage durchgeführt, an der 93 betroffene Ukrainer:innen teilgenommen haben.

Deswegen richte ich folgende

Frage

an dich:

Bist du als Stadtrat für Menschen mit Behinderung dazu bereit, dich bei der Steirischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass ukrainische Vertriebene ins Steirische Behindertengesetz aufgenommen werden?

StR Hohensinner:

Liebe Manuela! Danke, also ich weiß, dass das immer auf einer sachlichen Ebene ist, deswegen freue ich mich, wenn du nachfragst. In dieser Thematik bin ich schon aktiv

gewesen. Wie du richtig gesagt hast, diese Personengruppe ist nicht vom Behindertenhilfegesetz erfasst, sondern wird über die Grundversorgung unterstützt. Das ist eine Bundesfinanzierung, die Landesfinanzierung ist seitens des BHG, obwohl wir da ja auch 40 % übernehmen als Stadt Graz.

Und ja, wir haben das bereits an das Büro Doris Kampus gemeldet und es obliegt jetzt der Soziallandesrätin, ob sie bereit ist, das Behindertenhilfegesetz, das Landesgesetz zu adaptieren, abzuändern. Ich würde dir den Tipp geben, Doris Kampus ist seit einigen Wochen oder seit einer Woche, ich glaube, so lange ist es nicht, Teil der Grazer Koalition, und vielleicht redet ihr im ersten Ausschuss über diese Thematik.

GRⁱⁿ Wutte:

Keine wirkliche Zusatzfrage. Vielen Dank, ich sehe, du unterstützt dieses Anliegen und ich denke, es waren Themen, die einfach parteiübergreifend auftreten. Ich glaube, da geht es nicht um viel Geld, da geht's um einige wenige Personen, die wirklich dringend Unterstützung brauchen, und wenn wir das alle gemeinsam so machen können, erreichen wir da etwas für die Vertriebenen. Danke.

7.7 Frage 7: Wertschätzungsprämie für Lehrlingsausbildung (GR Günter Wagner, FPÖ an StR Eber, KPÖ)

GR Günter Wagner:

Sehr geehrte Mitglieder Stadtregierung, hoher Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bei meiner Frage geht's um die Wertschätzungsprämie für die Lehrlingsausbildung. Aus einer Anfragebeantwortung im März ist hervorgegangen, dass die Meisterprämie in eine Unternehmensförderung geändert wurde und die Leistungen zur Qualifizierung in den Themen der Nachhaltigkeit beinhaltet sein sollen. Aus der Beantwortung ist aber nicht klar erkennbar, inwieweit das Thema der

Unternehmensnachhaltigkeit unmittelbar mit der qualifizierten Ausbildung von Lehrlingen in Einklang zu bringen ist. Und ich glaube, es steht außer Frage, dass die Lehrlingsausbildung, ich glaube, das ist parteiübergreifend absolut wichtig, und das wird natürlich auch dranbleiben sollten, wieder mehr junge Menschen in die Lehrlingsausbildung zu bringen. Ebenso ist in der Beantwortung von einer Wertschätzungsprämie die Rede, die ja direkte Unterstützung der Lehrlingsausbildung darstellen soll. Auch da ist nicht klar erkennbar, welche konkreten finanziellen Maßnahmen diesbezüglich für eine Lehrlingsausbildung getroffen werden, und aus dem Grund ergeht an dich, werter Herr Stadtrat, folgende

Anfrage:

Welche konkreten finanziellen Mittel sind eingeplant, um die Lehrlingsausbildung in Graz aufzuwerten und attraktiver zu gestalten und welcher finanzielle Rahmen ist dafür vorgesehen, um jedem Lehrling eine finanzielle Anerkennung für seinen Lehrabschluss zu geben?

Originaltext der Frage:

Mit dem Gemeinderatsantrag vom 17.02.2022 hat der freiheitliche Gemeinderatsklub die Fortführung der Meisterprämie gefordert. Aus der Beantwortung vom 22.03.2022 geht hervor, dass die Meisterprämie in eine Unternehmensförderung geändert wurde, die auch Leistungen zur Qualifizierung in den Themen der Nachhaltigkeit beinhalten soll.

Aus der Beantwortung ist aber nicht klar erkennbar, inwieweit das Thema der Unternehmensnachhaltigkeit unmittelbar mit der qualifizierten Ausbildung von Lehrlingen in Einklang zu bringen ist.

Es ist in der Beantwortung auch von einer Wertschätzungsprämie die Rede, die eine direkte Unterstützung der Lehrlingsausbildung darstellen soll. Auch hier ist nicht klar

erkennbar, welche konkreten finanziellen Maßnahmen diesbezüglich für eine Lehrlingsausbildung getroffen werden.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Welche konkreten finanziellen Mittel sind eingeplant, um die Lehrlingsausbildung in Graz aufzuwerten und attraktiver zu gestalten und welcher finanzielle Rahmen ist dafür vorgesehen, um jedem Lehrling eine finanzielle Anerkennung für seinen Lehrabschluss zu geben?

StR Eber:

Lieber Herr Gemeinderat Wagner, lieber Günter. Ich danke zunächst für diese Frage, und nachdem wir ja beide schon einige Zeit miteinander in diesem Haus verbringen dürfen, weiß ich ja auch, dass dir die Lehrlingsausbildung ebenso wie mir selber sehr am Herzen liegt und freue mich von daher auch über dein Engagement in dieser Frage. Allerdings muss ich auch dazu sagen, oder zunächst noch eine positive Nachricht, es freut mich auch sehr, dass wir aktuell jetzt mit Herbst 10 Lehrlinge im Magistrat und 27 in der Holding wieder aufnehmen haben können, somit haben wir derzeit insgesamt 27 Lehrlinge im Magistrat und 85 in der Holding beschäftigt, das vielleicht nur als Zusatzinformation, die natürlich auch sehr erfreulich ist. Zur Frage muss ich grundsätzlich einmal sagen, dass für die inhaltliche Ausrichtung der Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung der Stadtrat Günter Riegler natürlich zuständig ist. Ich kann deshalb nur so viel dazu sagen, dass im Stadtsenat im März und im September 2022 jeweils Subventionen in der Höhe von 40.000 Euro für das Programm „Weiterbilden“, 2022 eben das angesprochene Nachfolgeprogramm von der Meisterprämie beschlossen wurden und das in Zusammenarbeit mit der Steirischen

Wirtschaftsförderung, die also diese Subvention dann auch entsprechend dieser Kriterien weitergeben können. Mir persönlich ist von der von dir genannten und anscheinend angedachten Wertschätzungsprämie für Lehrlinge nichts bekannt, muss allerdings hier, wie gesagt, auch daran erinnern, dass in dieser konkreten Frage der Stadtrat Riegler dann zu befassen wäre, also der natürlich in seinem Bereich Möglichkeiten für eine derartige Prämie hätte.

GR Günter **Wagner**:

Ich möchte mich für die ausführliche Beantwortung bedanken. Ich glaube, das ist ein wichtiges und richtiges Zeichen, dass wir wieder viele Lehrlinge aufgenommen haben heuer im Haus Graz, ich glaube, da haben wir eine Vorbildwirkung. Ich glaube, es könnten auch wie immer ein bisschen mehr sein, ebenso beim Geld. Mir ist es sehr wohl bewusst, dass inhaltlich der Stadtrat Riegler da zuständig ist, deswegen ist er ja um die Finanzen gefragt worden und nicht um den Inhalt. Die 40.000 Euro als Information nehme ich für mich mit, zweimal 40.000 Euro natürlich. Ich befürchte allerdings, das wird uns in Zukunft nicht weiterhelfen und da werden wir vielleicht andenken müssen, dass uns das ein bisschen mehr wert sein wird müssen, um diese Probleme, vor denen die Wirtschaft da steht, junge Menschen in die Lehrlingsausbildung zu bringen, attraktiver zu gestalten und denen unter die Arme zu greifen.

**7.8 Frage 8: Austausch bei der nächsten Woche der Inklusion
(GR Ulrich, KPÖ an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GR **Ulrich**:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuseherinnen und Zuseher am Livestream, lieber Herr Stadtrat, lieber Kurt. Wie du weißt, vom 4. bis 10. Juli fand in Graz die

Inklusionswoche statt. Zahlreiche größere und kleinere Veranstaltungen boten teilweise gute Möglichkeiten des Kennenlernens und wurden auch gut angenommen. Ich selber hatte die Freude, sowohl beruflich als auch privat an der Inklusionswoche teilnehmen zu können und das, was ich gehört habe, zumindest von den Kundinnen und Kunden, die ich betreut habe, die haben richtig, richtig viel Spaß gehabt. Allerdings gab es eben auch andere Gespräche, und zwar mit diversen Selbstvertreter:innen. Es wurde schnell auf die enttäuschende bzw. nicht vorhandene Möglichkeit eines öffentlichen Austausches mit den zuständigen Politiker:innen verwiesen. Ich teile nicht jegliche Kritik, aber die kann ich nachvollziehen. Es hätte nämlich wirklich genug zum Besprechen gegeben. Und zwar: Das schleppende Vorankommen der Inklusion in vielen gesellschaftlichen Bereichen, die mangelnde Umsetzung der von Österreich ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen und, das muss man halt leider auch sagen, die Rückschritte im Zuge des 2022 vorgestellten Nationalen Aktionsplanes für Menschen mit Behinderung. Und der wurde ja vom, wie du weißt, vom Österreichischen Behindertenrat zu Recht als Rückschritt in vielen Bereichen bezeichnet.

Abgesehen von einem kleinen Stammtisch im Gasthaus, das ist nicht abwertend gegen kleine Stammtische, das ist gut, dass die existieren, da haben wir uns ja drauf geeinigt, und eines Business Talks haben die Menschen mit Behinderung keine Chance gehabt, und zwar die Entscheidungsträger:innen der Politik ein bisschen festzunageln. Fototermine alleine, da waren wir ja auch dabei, werden dauerhaft keine Lösung bieten. Die Enttäuschung aller Inklusionsvertreter:innen war deshalb für mich auch nachvollziehbar und ich habe versprochen, dass ich da versuche, ein bisschen nachzuhaken. Und weil wir ja wissen, dass die nächste Inklusionswoche wieder kommen wird,

frage

ich in dem Fall als Inklusionskämpfer, ob Sie als zuständiger Stadtrat bereit sind, während der Inklusionswoche 2023 eine öffentliche Diskussion von

Selbstvertreter:innen und handelnden Akteurinnen und Akteuren der Politik zu ermöglichen? (Appl.)

Originaltext der Frage:

Von 4. bis 10. Juli fand in Graz die „Inklusionswoche“ statt. Zahlreiche größere und kleinere Veranstaltungen boten teilweise gute Möglichkeiten des Kennenlernens und wurden auch gut angenommen. In Gesprächen mit den diversen Selbstvertreter:innen wurde allerdings schnell auf die enttäuschende bzw. nicht vorhandene Möglichkeit eines öffentlichen Austausches mit den zuständigen Politiker:innen verwiesen. Dabei hätte es gerade in der Inklusionswoche genug zu besprechen gegeben: Das schleppende Vorankommen der Inklusion in beinahe allen gesellschaftlichen Bereichen, die mangelnde Umsetzung der 2006 von Österreich ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen oder den Rückschritt im Zuge des 2022 vorgestellten „Nationalen Aktionsplanes für Menschen mit Behinderung“, welcher vom Österreichischen Behindertenrat zurecht als „Rückschritt in vielen Bereichen“ bezeichnet wurde. Abgesehen von einem kleinen Stammtisch in einem Gasthaus und einem so genannten „Business Talk“ hatten die Menschen mit Behinderung aber keinerlei Chance, ihren berechtigten Unmut den Entscheidungsträger:innen öffentlich mitzuteilen. Fototermine alleine werden dauerhaft keine Lösung bieten. Die Enttäuschung aller Inklusionsvertreter:innen, ob dieser vergebenen Möglichkeit ist daher nachvollziehbar. Da aber noch kein Schlusspfiff ertönte und die nächste Inklusionswoche kommen wird, stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Sind sie als zuständiger Stadtrat bereit, während der Inklusionswoche 2023 eine öffentliche Diskussion von Selbstvertreter:innen und handelnden Akteur:innen der Politik zu ermöglichen?

StR Hohensinner:

Ja, ich bin bereit, ich möchte aber auch ein bisschen ausführen. Ich freue mich, dass du quasi als Lebenshilfemitarbeiter dieses Thema auch im Gemeinderat vorantreiben möchtest. So habe ich auch angefangen, lange ist es her, und deswegen, wenn man da gemeinsam für die Sache uns einsetzen, werden wir wahrscheinlich gemeinsam mehr weiterbringen. Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken bei Wolfgang Palle und seinem Team, auch bei der Selina Schenkel, sie haben diese Inklusionswoche organisiert und die Woche war ja so aufgebaut, dass nicht nur der Wolfgang Palle die Woche organisiert hat, sondern die Selbstvertreterinnen und -vertreter haben sich einbringen können und haben die Projekte eigentlich auch abgewickelt zum Großteil, auch ein Danke an die Selbstvertreter an dieser Stelle. Ganz so ist es nicht, dass Menschen mit Behinderung und auch die Selbstvertreter, die du zitiert hast, sich nicht austauschen können. Die Frau Bürgermeisterin und ich, wir sind regelmäßig im Behindertenbeirat, gestern hatte der letzte stattgefunden, ich war mit dabei. Also es gibt den Austausch, aber wir werden nächstes Jahr eine Inklusionswoche, so ein Angebot schaffen, wir nehmen den Ball gerne auf, möchte aber auch noch darauf hinweisen, dass ich vorhabe, eine Inklusionsstrategie auszuarbeiten gemeinsam mit allen Abteilungen. Der Michael Ehmman hat Ähnliches vor Jahren einmal gemacht. Wir machen das aber jetzt nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern wir machen das wirklich zur Inklusionsstrategie und da wird es auch viele Arbeitskreise geben, wo alle Menschen, die sich einbringen wollen, eine Gelegenheit vorfinden.

GR Ulrich:

Vielen Dank für die Ausführungen. Natürlich gab es nicht den Vorwurf jetzt, dass es zu keinem Austausch gekommen ist. Es gab aber am 23.3. in der Sitzung des Beirates, ich habe mir das durchgelesen, es steht auch da und ich darf kurz vorlesen: „Da das Thema Inklusion sehr komplex ist, es verschiedene Landgruppen und die Gesellschaft insgesamt betrifft, ist es wichtig, dass über Inhalte und verschiedene Aspekte gesprochen wird.“ Eine Podiumsdiskussion könnte ein passender Rahmen sein, das

Thema aufzubereiten. Stadtrat Kurt Hohensinner kann sich eine öffentliche Veranstaltung mit Expertinnen und Experten zum Thema Inklusion gut vorstellen. Auch eine dauerhafte Internetseite zum Thema Inklusion wäre auch eine gute Idee. Das heißt, es wurde besprochen und so wie ich das dem Protokoll entnehme, hast du das auch als eine gute Idee empfunden. Deshalb natürlich, und du wirst mich verstehen, ein bisschen die Enttäuschung und auch die Enttäuschung der Selbstvertreter:innen, dass sie nicht die Möglichkeit gehabt haben, die Politikerinnen und Politiker ein bisschen festzunageln, und deshalb schon auch meine Zusatzfrage an dich. Ich habe das jetzt so vernommen, du möchtest das nicht. Ich unterstütze gerne auch deine Inklusionsstrategie, sofern sie sinnvoll ist. Meine Frage an dich ist oder meine Zusatzfrage ist, wie du tatsächlich zum Nationalen Aktionsplan für Menschen mit Behinderung stehst, und du als Inklusionsstadtrat wirst ja wohl da dir Gedanken darüber gemacht haben, der eben vom Behindertenrat zu Recht als Rückschritt in vielen Bereichen bezeichnet wurde. Danke. *(Appl.)*

StR Hohensinner:

Also setzen wir uns einmal zusammen, Herr Gemeinderat, weil bei dem Nationalen Aktionsplan da gibt es Teile, die sehr gut sind, Teile, die weniger gut sind. Ich kann das jetzt nicht innerhalb von drei Minuten dir sagen. Also da würde ich das Angebot machen, dass wir uns da zusammensetzen. Aber noch einmal, was du zitiert hast, das war, glaube ich, in der Beiratssitzung vor der Inklusionswoche, da ist der Vorschlag gekommen. Ich habe das auch unterstützt, aber der Wolfgang Palle hat gesagt, in dieser Zeit geht es sich nicht aus, dass wir es heuer anbieten. Wir haben da schon, bevor die Woche begonnen hat, gesagt, dass wir im nächsten Jahr so eine Diskussionsmöglichkeit auch integrieren wollen.

**7.9 Frage 9: Einbeziehung des Interreligiösen Beirats in die Integrationsarbeit
(GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Unger, ÖVP an StR Mag. Krotzer, KPÖ)**

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Saal und im Livestream.

Ich habe eine Frage zum Thema Integration. Integration ist ein Thema, das in vielerlei Hinsicht unsere Gesellschaft durchdringt. Generell würde ich meinen, geht es darum, dass alle Menschen einen guten Zugang und Teilhabe am friedlichen Zusammenleben haben und konkret geht es natürlich um Maßnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern. Eines davon ist das Thema der Religion. Graz ist natürlich auch in der Hinsicht in den letzten Jahren und Jahrzehnten vielfältiger geworden und das führt auch zu stetiger Veränderung. Als Integrationsstadtrat ist man dafür verantwortlich, wie Graz auch mit diesen Fragen im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens umgeht. Religion spielt meiner Meinung nach eine nicht zu unterschätzende Rolle. Sie ist in Bezug auf demographische Entwicklungen wichtig, auf die Bereiche Schule und Arbeit bezogen von großer Wichtigkeit, auch was das zivilgesellschaftliche Gefüge angeht. Da geht es um Vereine und ehrenamtliches Engagement, aber natürlich auch um verschiedene Entwicklungen, die fragwürdig sind. Und es geht, und es ist besonders mir ein Anliegen, auch um die Prägung junger Menschen. Das heißt, es gibt eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten, die auch mit dem Integrationsreferat zu tun haben oder mit der Zuständigkeit der Integration zu tun haben. Ich halte es für ausgesprochen wichtig, dass die verbindenden Kräfte von Religionsgemeinschaften hier entsprechend gebündelt werden, um einerseits konsensfähige Ideen zu entwickeln und zu unterstützen und natürlich auch auf die wertende Entwicklung unserer Gesellschaft im besten Sinne einzuwirken. Graz hat eine lange Tradition, das brauche ich ja nicht ausführen, von der Interreligiösen Konferenz 2013 über die M.A.M.I. Konferenz, Besuch des Dalai Lama, ganz viele Aktivitäten, Fest der Versöhnung der katholischen Kirche. Es geht bei all diesen Aktivitäten neben der Verständigung über Werte und Inhalte der einzelnen Religionen auch immer um gesellschaftspolitische Anliegen. Es

geht um Integration, um die Benennung von Schwierigkeiten und auch um den Handlungsbedarf, zum Beispiel im Fall von demokratiefeindlichem Verhalten. Es ist deswegen hoffentlich nachvollziehbar, dass der Integrationsstadtrat auch mit dieser Frage adressiert wird. Ich weiß, der Interreligiöse Beirat ressortiert im Bereich der Frau Bürgermeisterin, das trifft auch auf den Menschenrechtsbeirat zu. Da hat es vor dem Sommer eine Enquete gegeben zum Thema Muslim oder Muslima sein in Graz, da warst du auch anwesend, war auch dann entsprechend in der Presse zu lesen, dass da ein verantwortlicher Stadtrat anwesend war, und es liegen auch Berichte vor, unter anderem Studie zur Entwicklung von Extremismus in der Steiermark, wo die Antidiskriminierungsstelle sich entsprechend zu Wort gemeldet hat. Da geht es um viele Themen, das ist klar, um politische von links bis rechts, auch um die Fragen der Ehre und auch um Themen mit religiöser Konnotation. Es ist auch bekannt, dass Initiativen vom Community Spirit angefangen finanziell unterstützt werden, aber mir geht es nicht so sehr um die finanzielle Förderung dieser Bereiche, sondern um die Frage, ob sie die inhaltliche Expertise des Gremiums nützen, um auch über die Bürgermeisterin Anfrage einzubringen und damit dem Aspekt der Religion in den Integrationsagenden Platz einräumen und sich Partner, die verlässlich und proaktiv konstruktiv sind, einbringen. Daher meine

Frage:

Mit welchen Fragen oder Aufgaben adressieren Sie im Rahmen Ihrer Integrationsarbeit den Interreligiösen Beirat der Stadt Graz, um einen konkreten Beitrag der Religionsgemeinschaften zur Lösung von Problem zu erhalten? (*Appl.*)

Originaltext der Frage:

Angesichts der alarmierenden Zahlen zum Thema Extremismus und der Gefahr gesellschaftlicher Spaltungstendenzen finden sicher ressortübergreifende Beratungen zu Fragen der Integration statt, bei der ja der Bürgermeisterin Elke Kahr zugeordnete

Interreligiöse Beirat eine wichtige Rolle spielen sollte. Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat die

Frage:

„Mit welchen Fragen / Aufgaben adressieren Sie im Rahmen Ihrer Integrationsarbeit den Interreligiösen Beirat, um einen konkreten Beitrag der Religionsgemeinschaften zur Lösung dieser Probleme zu erhalten?“

StR Mag. **Krotzer:**

Liebe Frau Gemeinderätin, liebe Claudia. Danke für die Hinleitung zur Frage, die ich gerne beantworten darf. Wie du schon gesagt hast, ist laut Geschäftseinteilung der Interreligiöse Beirat sowie auch der Menschenrechtsbeirat und der Migrant:innenbeirat im Bürgermeisterinnenamt angesiedelt, nichtsdestotrotz ist natürlich für mich als für Integration zuständigen Stadtrat der Interreligiöse Beirat selbstverständlich ein wichtiger Bündnispartner, Austauschpartner, wenn es darum geht, dass wir eine Stadt haben wollen, in der alle Menschen, egal welcher Herkunft, egal welcher Religion, egal welchen Geschlechts, egal welcher Hautfarbe ein gutes Zusammenleben haben. Und insofern gibt's sowohl von meiner Seite als auch natürlich vom Integrationsreferat einen sehr intensiven Austausch und wir bemühen uns auch, den interreligiösen Dialog innerhalb der Stadt Graz zu fördern. Du hast schon angesprochen das Projekt Community Spirit, von Religionen und Kulturen im Dialog, das sowohl aus dem Bürgermeisterinnenamt als auch von mir aus dem Integrationsreferat subventioniert und unterstützt wird, aber natürlich sozusagen für uns auch eine wichtige Begegnungsstätte ist und eine Möglichkeit des Austausches zwischen den unterschiedlichen Religionsgemeinschaften und dann sozusagen auch mit den verschiedenen Fragestellungen, die sich rund um Religionen gruppieren, die dann vielleicht auch zusammenwirken oder einwirken auf das Zusammenleben von Menschen in Graz, dass wir da natürlich Austauschpartner sind und umgekehrt wir

natürlich auch diese Expertise nutzen. Ich kann da jetzt auf vieles eingehen, aber wie gesagt, wir sind für alles offen, wenn du vielleicht auch ganz konkrete Fragen hast, kann ich die dann auch sonst im Zusatz beantworten. Wichtig ist mir hier auch, dass wir eben auch die Konferenz, also die Tagung „Muslim/Muslima sein“ in Graz, die ja auch im Mai diesen Jahres stattgefunden hat, breit getragen mit der Islamischen Religionsgemeinschaft in der Steiermark, Islamisches Kulturzentrum, der Migrant:innenbeirat sowie eben organisiert vom Projekt Community Spirit, auch ein wichtiger Dialog auf Augenhöhe, wo wir auch sehr vieles mitnehmen haben können. Und was uns auch wichtig ist, dass gewisse Gräben und gewisse sozusagen Spaltungen, die es auch gegeben hat in den Jahren davor, dass wir die begradigen, dass wir ein offenes Diskussionsklima haben und dann gemeinsam daran wirken, dass wir ein friedliches Zusammenleben, dass wir Demokratie und ein gutes Wirken in unserer Stadt stärken. Das ist auch im Vordergrund dieser Diskussion gestanden und ja, soweit einmal von meiner Seite vielleicht noch genau der eine Hinweis, das Integrationsreferat selbst ist nicht im Interreligiösen Beirat vertreten, aber wie gesagt, es gibt einen vielfältigen Austausch. *(Appl.)*

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

Dankeschön. Ich möchte in einer kurzen Nachfrage noch auf einen besonderen Aspekt eingehen, nämlich auf die Verbindung im muslimisch-jüdischen Dialog. Es war bereits ein Symposium oder die Enquete „Muslima sein in Graz“ bereits ein Thema. Diese Frage des muslimisch-jüdischen Dialog hat ja auf vielen Ebenen Relevanz, da geht's von politischen über geopolitische bis auf Formen von Protest in zivilgesellschaftlichen Kreisen um sehr viele Fragen, die man sehr kritisch anschauen muss, die auch sehr viel Sprengkraft haben und wo es auch in Graz immer wieder in den letzten Monaten und Jahren höchst unerfreuliche Vorkommnisse gegeben hat. Ich darf nur auf Übergriffe erinnern, die auch im Zusammenhang mit diesen Verbindungen stattgefunden haben. Das heißt, auch im Sinn der Integration ist dieser Teil aus meiner Sicht besonders

wichtig und meine Frage ist, was tun Sie im Bereich dieses speziellen Dialogs zwischen Muslimen und jüdischen Vertretern und Vertreterinnen hier in Graz?

StR Mag. **Krotzer:**

Danke auch für die Frage. Wir haben natürlich eine ganze Reihe an Maßnahmen, die sozusagen allgemein wirken sollen gegen verschiedenste Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder natürlich auch welche, die ganz speziell auf die Prävention und auf die Bekämpfung von Antisemitismus abzielen. Ich kann aus der Subventionsliste ganz speziell hervorheben das Projekt „Perspektivenwechsel“ für NMS, das organisiert wird von der ARGE Jugend gegen Rassismus oder auch ganz konkret das Projekt „Schalom, Salam, Grüß Gott“, das eben genau diesen christlich-jüdischen-muslimischen Dialog gerade bei Jugendlichen fördern soll. Selbstverständlich gibt es meinerseits auch den Austausch und den Dialog mit der jüdischen Gemeinde. Ich freue mich, auch heute Abend beim jüdischen Neujahrsfest in der Synagoge anwesend zu sein, und sozusagen gibt es jederzeit die Möglichkeit, diesen Austausch zu fördern. Wo immer es weitere Ideen gibt, sind wir gerne bereit, die auch umzusetzen und aufzugreifen. Es gibt ja auch, das ist ja noch unter Kurt Hohensinner initiiert worden, sozusagen ja auch das Antisemitismus-Präventionsprogramm, das ja gerade auch von Grazer Schulen durchgeführt wird und ich denke, dass wir da diesen Weg gut weitergehen können. *(Appl.)*

Ende Fragestunde: 13.29 Uhr

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Vielen Dank. Mit der Fragestunde ist es jetzt vorbei. Die restlichen acht offenen Fragen werden wie immer schriftlich zur Beantwortung kommen. Herr Stadtrat Hohensinner hat um eine kurze Berichtigung einer Ziffer gebeten und wenn du sie vielleicht jetzt kurz mitteilst.

StR Hohensinner:

Der Horst Alic hat ja in seiner Frage auch ausgeführt, er glaubt, dass das Sportbudget im Jahr 2020 3,4 Mio. Euro schwer war und im Jahr 2022 5,9 Mio. Euro. Und das war eh ein großer Schritt. Dem ist nicht so. Der Thomas Rajakovics hat eben gebeten, dass wir die Zahlen richtigstellen. 2020 hatten wir 4,4 Mio. Euro, für das Sportjahr ist es dann ein bisschen erhöht worden, 2021 5,02 Mio. Euro und im Jahr 2022 5,1 Mio. Euro. Also die große Erhöhung ist da jetzt nicht ableitbar. Ich möchte das nur richtigstellen.